

Eingel.
am

22. Juni 2020

14:10^u

Tgb.Nr.

21647

Wels, am 22. Juni 2020

INITIATIVANTRAG

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels möge folgende Resolution an die Bundesregierung und an den österreichischen Nationalrat beschließen.“

Resolution

„Die Bundesregierung und der österreichischen Nationalrat wird ersucht, eine **Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70% Nettoersatzrate** zu beschließen.“
Begründung:

In Folge der Corona-Pandemie sind derzeit in Österreich an die 500.000 Menschen arbeitslos. Demgegenüber stehen ca. 60.000 beim AMS gemeldete offene Stellen. Laut Wifo-Studie betreffen neun von zehn der verlorenen Jobs Arbeiterinnen und Arbeiter. Insgesamt sind bei den Arbeiter*innen-Jobs 12% verloren gegangen.

Das Arbeitslosengeld entspricht in Österreich im Durchschnitt nur 55% des vorherigen Erwerbseinkommens. Damit liegt Österreich weit unter dem OECD-Durchschnitt von 65 bis 70% Nettoersatzrate. (siehe Anlage)

Mit 55% des Einkommens können Arbeitsuchende kaum ihre täglichen Bedürfnisse decken. Der für viele völlig unerwartete Verlust des Arbeitsplatzes droht sich dadurch zu einer existenziellen Krise für hunderttausende Menschen auszuweiten. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt bei rund 30 Euro am Tag. Das sind rund 900 Euro im Monat, oftmals aber weniger. Bei 1.500 Euro Letzteinkommen (netto) bleibt unterm Strich nur ca. 825 Euro Arbeitslosengeld übrig. Dass aus dieser Summe über einen längeren Zeitraum die Lebenshaltungskosten nicht finanziert werden können, liegt auf der Hand. Die angekündigte Einmalzahlung von € 450 ist kein Ausgleich.

Der massive Einkommensverlust einer so großen Bevölkerungsgruppe hat direkte Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Gefüge - auch in der Stadt Wels. Es ist zu befürchten, dass sich die sinkende Kaufkraft sehr rasch negativ auf den Wirtschaftsstandort Wels auswirkt und auch die Sozialausgaben der Stadt steigen.

Daher ist es unbedingt notwendig das Arbeitslosengeld auf 70% des vorherigen Erwerbseinkommens anzuheben, was dem europäischen Durchschnitt entspricht.

Berichterstatter:



SCHNECKER

Für die sozialdemokratische Fraktion

1 Beilage



Beschluss des Gemeinderates

vom.....-6. Juli 2020.....

Antrag

13 JA (FP, VA)

12 NEIN (SP,
Grüne, NEOS)

einstimmig - mit Stimmenmehrheit
angenommen - abgelehnt - zurückgestellt

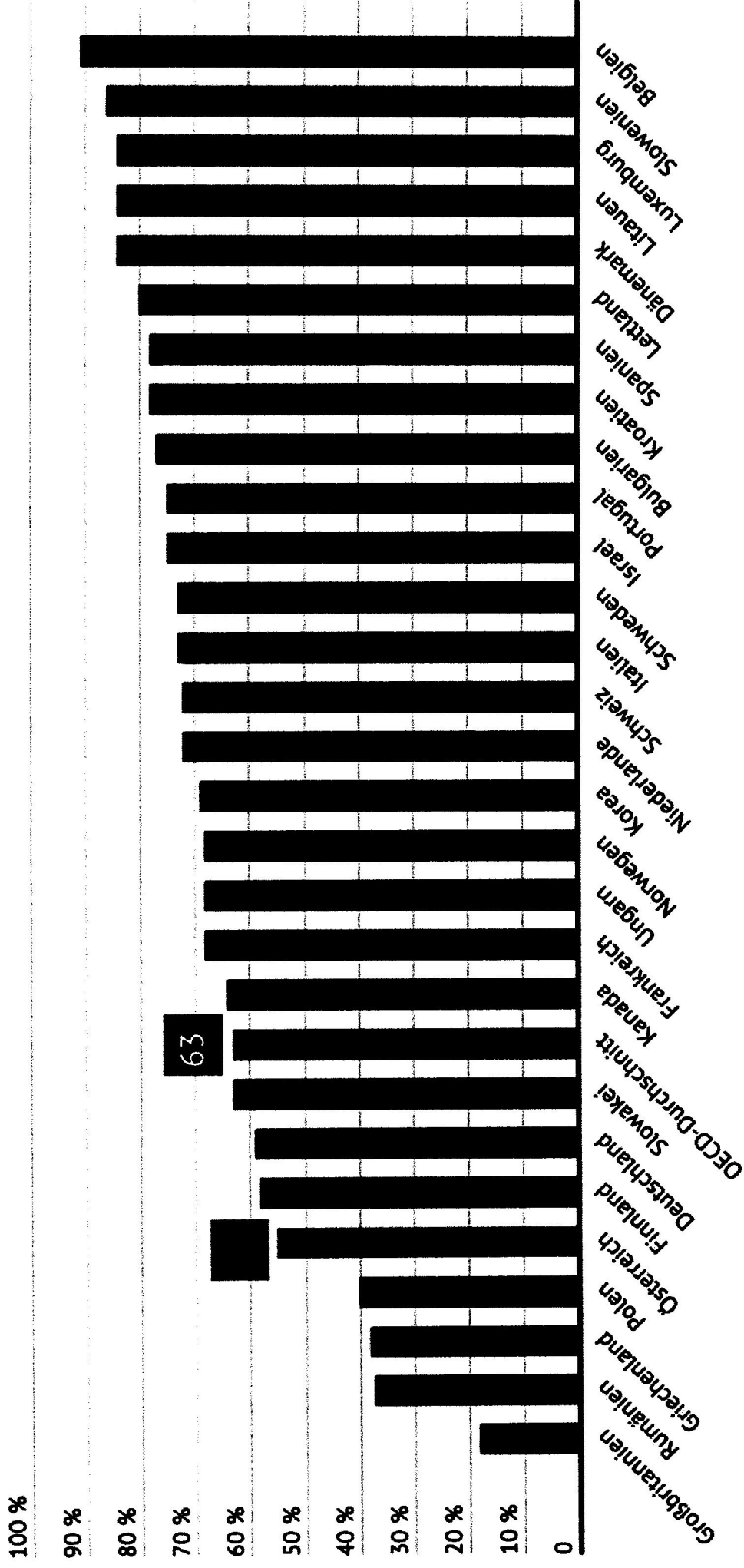
Der Vorsitzende:



Antrag GÖ&R
Ausweisung vollständig
Ausschuss zur
Beratung und
Diskussion

Arbeitslosengeld im internationalen Vergleich

Nettoersatzraten bei Arbeitslosigkeit, 2018, in Prozent



Quelle: OECD. Ausgewählte OECD-Länder, alleinstehende Person ohne Kinder mit einem vorigen Einkommen von 67 % des Durchschnittslohns.

11